

Auswertung der Antwort der Bundesregierung,
BT-Drs. 16/4462 auf die

Kleine Anfrage „Zukunft der Bildungs- und Berufsberatung“

der Abgeordneten Nele Hirsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE
LINKE., BT-Drs. 16/4273

Alles bestens in der Berufsberatung?

Eigentlich sind sich alle einig: Der Bildungs- und Berufsberatung kommt nicht nur eine große, sondern auch eine zunehmende Bedeutung zu. Mit der immer weiteren Ausdifferenzierung von Bildungs- und Erwerbsbiographien wachsen sowohl Bedarf als auch Anspruch an die Bildungs- und Berufsberatung. Hierauf hat unter anderem der Rat der Europäischen Union in seiner EntschlieÙung über den Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa hingewiesen (Rats-Dok. 9286/04). Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung über lebensbegleitendes Lernen Beratung als Querschnittsthema für die Entwicklung und Umsetzung der Strategien des lebensbegleitenden Lernens auf nationaler Ebene und als vorrangigen Bereich für Maßnahmen auf Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten bezeichnet (COM(2001)678). Auch der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) betont in seinen Empfehlungen zur Berufsorientierung und Berufsberatung vom Dezember 2005 die „zunehmende bildungs- und gesellschaftspolitische Bedeutung der Berufsorientierung und Berufsberatung“. Und die Bundesregierung stimmt mit ein: „Die in den genannten Dokumenten [der EU] enthaltene Einschätzung zur Bedeutung von Berufsberatung und Bildungsberatung wird geteilt“, so schreibt sie in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Zukunft der Bildungs- und Berufsberatung. Aber muss deshalb auch mehr als in den letzten Jahren für die Beratung getan werden? Auf die Frage, ob sie einen Ausbau der der Berufsberatung für notwendig hält, verweist die Bundesregierung auf die mögliche „Nutzung von Synergieeffekten durch Netzbildung von Beratungsinstitutionen“. Im Klartext: Mehr Geld gibt's nicht.

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zum Europäischen und nationalen Qualifikationsrahmen im Dezember 2006 wurde auch aus den Reihen der Sachverständigen bestätigt, dass der Beratungsbedarf sich sowohl im Bereich der beruflichen als auch im Bereich der Bildungsberatung deutlich erhöht habe.

Allerdings: zum Umgang hiermit mangle es in Deutschland noch an konkreten Konzepten seitens der verantwortlichen Stellen. Die Bundesregierung beschwichtigt: Als förderndes Mitglied des Nationalen Forums für Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung engagiere sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bei der Weiterentwicklung der Beratung, so schreibt sie in ihrer Antwort. Sie teilt allerdings auch mit: „Die Bundesregierung plant keine Veränderung der öffentlichen Berufsberatung, da das flächendeckende Beratungsangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen optimalen, qualitativ hochwertigen Zugang der Bevölkerung zu beruflichen Beratungsdienstleistungen gewährleistet.“ Wir fassen zusammen: Die Berufsberatung ist für die Bundesregierung ein zentrales Thema, aber zum Glück ist bereits alles bestens – kein Handlungsbedarf.

Die Bundesregierung muss handeln

Anders klingt die Situationsbeschreibung, die die BerufsberaterInnen selbst geben: „Aus unserer Sicht gibt es deutlichen Handlungsbedarf, um die Erosion von Berufsberatung zu stoppen“, formulierte Birgit Lohmann, Bundesvorsitzende des Deutschen Verbandes für Bildungs- und Berufsberatung (dvb), auf einer Konferenz des Verbandes im April 2006. Sie betonte, dass die Ziele und Aufgaben der Berufsberatung weit darüber hinausgehen, Menschen in irgendeinem Job unterzubringen. Doch sie stellt fest: „durch eindeutige und konsequente Konzentration auf die Integration in Beschäftigung ist der Standard, den die Berufsberatung der Agenturen für Arbeit aus meiner Sicht in einer Hoch-Zeit ihrer Professionalität Ende der neunziger Jahre erreicht hatte, nicht mehr zu halten. Das, was Berufsberatung mehr ist als Ausbildungsvermittlung oder Förderung von Maßnahmen, erodiert derzeit in der BA in einem erschreckenden Maße.“ Die Fachaufgabe Berufsberatung sei im Rahmen der Organisationsreform der BA scheinbar bei allen Diskussionen ausgeklammert worden, beklagt die Berufsberaterin – mit weit reichenden einschränkenden Folgen. In einem Diskussionspapier der

GEW schrieb Dr. Ursula Herdt, die die GEW auch im Vorstand des Nationalen Forums für Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung vertritt, im Februar 2007: „Postschulische Bildungsberatung ist in Deutschland – auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern und den USA – unterentwickelt und gemessen an dem Bedarf quantitativ bei weitem nicht ausreichend. [...] Das Verständnis von Beratung als die Bildungs- und Berufsbiographie lebenslang begleitende Orientierung ist in der deutschen Bildungspolitik und –realität nicht verankert.“ Sie sieht auch die Bundesregierung klar in der Verantwortung: „die Implementierung eines umfassenden Beratungsangebots erfordert auch ordnungspolitische Schritte: Verbindliche Vereinbarungen über den Ausbau der Beratungsstellen und Qualitätsstandards für Ausbildung, Zugang und Methoden sowie entsprechende gesetzliche Verankerung wenigstens von Rahmenstandards.“

Die Bundesagentur für Arbeit: Undurchschaubar, unbeeinflussbar?

Im Rahmen ihrer Organisationsreform hat die BA die bisher selbständige Abteilung „Berufsberatung“ in die allgemeine Arbeitsvermittlung eingegliedert, hierbei auf unterschiedliche Organisationseinheiten aufgeteilt und die eigenständige Organisationsbezeichnung „Berufsberatung“ innerhalb der BA damit verschwinden lassen. Ob diese Entwicklung den wachsenden Anforderungen an die Berufsberatung gerecht wird, vermag die Bundesregierung nicht einzuschätzen: „Die Frage ist ausschließlich von der Bundesagentur für Arbeit zu beurteilen“, so die Auskunft. Das BMAS hatte zuvor eine Fristverlängerung für die Beantwortung der Kleinen Anfrage erbeten, da ihre Beantwortung „umfangreicher Ermittlungen und Abstimmungen durch die Bundesagentur für Arbeit“ bedürfe. Zur Frage ihrer internen Organisation haben mit der BA in dieser Zeit offensichtlich keine Ermittlungen oder Abstimmungen stattgefunden. Der geneigten Leserin stellt sich hierüber hinaus die Frage, wie die Bundesregierung im Rahmen der Organisationsreform im Verwaltungsrat der BA agiert hat, wenn sie die grundlegenden Strukturveränderungen innerhalb der BA nicht zu beurteilen vermag. Für die Zukunft verspricht das BMAS: „Die Bundesregierung wird die Weiterentwicklung der Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit sorgfältig beobachten und auch über ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat daran mitwirken.“ Vor dem Hintergrund des oben Gesagten darf dies kritisch beobachtet werden.

Beratung: Mehr als nur Vermittlung in Beschäftigung

Die Bundesregierung versteht Bildungs- und Berufsberatung mit Bezug auf entsprechende Formulierungen des Europäischen Rates als ein Instrument, „das durch gezielte Information die Mobilität und Flexibilität der Bürger in Europa unterstützen und zum Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit beitragen soll.“ Sie reiht sich damit nahtlos in die Geschäftspolitik der BA ein, die mit der Eingliederung der Beratung in den Bereich der Vermittlung und dem Leitbegriff der „beschäftigungsorientierten Beratung“ deutlich macht, worum es ihr in der Beratung geht: Die Menschen sollen Beschäftigung finden; hierfür müssen sie mobil und flexibel sein - von Berufswünschen oder Lebensträumen ist weder in den Formulierungen der BA noch der Bundesregierung etwas zu finden. Ob eine kurzfristige Vermittlung in irgendeine Beschäftigung zu einer nachhaltigen Berufsperspektive beiträgt, erscheint zweitrangig.

Die zunehmende Bedeutung lebenslangen selbstorganisierten Lernens ist unumstritten. Zur Unterstützung brauchen die Menschen eine umfassende, für alle zugängliche Beratung über ihre Möglichkeiten und Berufsbilder, über Bildungswege und Weiterbildungsangebote. Gelingt es nicht, das Beratungsangebot entsprechend auszubauen, werden diejenigen die VerliererInnen sein, die aus finanzschwachen und weniger bildungsorientierten Elternhäusern stammen und auf anderweitige Unterstützung daher unbedingt angewiesen sind. Das Angebot an Bildungs- und Berufsberatung kann daher eine wichtige Rolle für die soziale Durchlässigkeit unserer Qualifizierungssysteme spielen. Die aktuelle Entwicklung der Berufsberatung wird die soziale Spaltung hingegen verschärfen.